

### 9. Welches Enddatum für das Auslaufen des Braunkohlentagebaus werden Sie nicht nur öffentlich machen, sondern auch umsetzen?

SPD	CDU	Grüne	FDP	Piraten	Linke
<p>Für uns gibt es als einzigen feststehenden Termin das Auslaufen der Genehmigung für die bisherigen Tagebaue im Jahr 2045. Sollte es aus betriebswirtschaftlichen oder anderen Gründen schon früher einen Ausstieg aus der Kohleförderung geben, so ist dies selbstverständlich möglich und liegt in der Entscheidung der bergbautreibenden Unternehmen.</p>		<p>Ein ambitionierterer und schnellerer Kohleausstieg ist für uns GRÜNE ein zentrales Thema für die nächste Legislaturperiode. Mit der Verkleinerung von Garzweiler II haben wir GRÜNE den Ausstieg aus der Kohleverstromung eingeleitet. Wir wollen in einem Kohlegesetz einen Fahrplan für einen sozialverträglichen, bundesweiten Kohleausstieg in den nächsten zwei Jahrzehnten festlegen und parallel die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Im Rahmen dieses Kohleausstiegsfahrplans ist es wichtig die ältesten und damit klimaschädlichsten Kohlemeiler schnellstmöglich vom Netz gehen. Dies halten wir für eine Forderung, die mit starken GRÜNEN in Land und Bund auch umsetzbar wäre.</p> <p>Wir setzen uns zudem da-</p>	<p>Die Fragen 9 und 10 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.</p> <p>Das sollte nicht politisch entschieden werden. Braunkohle ist der einzige heimische subventionsfreie Energieträger. Er sorgt für eine sichere Stromversorgung und wird noch lange gebraucht, da Erneuerbare dies wegen fehlender Grundlastfähigkeit noch nicht leisten können. Mit dem Emissionshandel hat die Europäische Union bereits vor Jahren ein Klimaschutzinstrument eingeführt, das auf der Grundlage von Wettbewerb und Marktwirtschaft funktioniert und zu einer besonders kostengünstigen Reduktion von Treibhausgasen anreizt. Emissionsarme Verfahren der Energieumwandlung profitieren von dem Zertifikatehandel. Auf Technologien mit hohen Emissionen kommen höhere Kosten zu. Selbstverständlich hat sich auch die Braunkohle den Her-</p>	<p>Wir haben in unserem Programm das Jahr 2025 als spätesten Zeitpunkt festgeschrieben.</p>	<p>DIE LINKE fordert ein nationales Kohleausstiegsgesetz mit folgenden Eckpunkten: Der schrittweise Kohleausstieg beginnt 2018.</p> <p>Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Bestandteil des Gesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken sowie den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen. Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Neben einem Verbot betriebsbedingter Kündigungen und Angeboten von Altersteilzeit und Vorruhestand mit Verdienstaugleich fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds für regionale Investitions- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, an dessen Finanzierung die Energiekonzerne beteiligt werden sollen. Auf Bundesebene setzen wir uns ebenfalls für Mittel für den Strukturwandel, die soziale Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro ein. Näheres können Sie auch dem Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE</p>

		<p>für ein, dass der Restwald des Hambacher Waldes am Tagebau Hambach nicht auch noch unwiederbringlich vernichtet wird. Wenn ein Kohleausstieg konsequent angegangen wird, müssen wir auch sehr genau prüfen, welche Kohlemengen in NRW überhaupt noch notwendig sind. Aus unserer Sicht kann und sollte der Restwald erhalten werden. Denn wir wollen sicherstellen, dass Umwelt und Natur nicht unnötig zerstört werden.</p>	<p>ausforderungen des Klimaschutzes im Rahmen des Emissionshandels zu stellen.</p> <p>Beim anstehenden Strukturwandel im Rheinischen Revier darf sich das Land nicht aus der Verantwortung stellen. Der Landesentwicklungsplan verfolgt das Ziel, den Kommunen möglichst keine Flächen zur Verfügung zu stellen. Gerade in Tagebaugemeinden, deren Flächen vom Tagebau in Anspruch genommen werden, wurden Entwicklungschancen über Jahre genommen. Diese müssen endlich geschaffen und die tagebaubedingten Sonderlasten ausgeglichen werden</p>	<p>„Kohleausstieg einleiten - Strukturwandel sozial absichern“ (Bundestagsfraktion 18/8131) entnehmen.</p>
--	--	---	---	--